

## Die Marburger SPD

Parteitag am 27. November 2019

<b>Antrag 4</b>	
<b>Antragsteller: Vorstand</b>	<b>Adressat: Unterbezirk, Bezirk Hessen-Nord, Bundesparteitag, SPD- Bundestagsfraktion</b>

### Solidarität mit den Kurd\*innen in Rojava

Der Parteitag möge beschließen:

1 Der sofortige Militärschlag durch die Türkei nach Abzug der US-amerikanischen  
2 Truppen aus Nordsyrien führt zu einer weiteren Destabilisierung des Landes, zum  
3 Wiedererstarken des „Islamischen Staates“ und zu einer weiteren humanitären  
4 Katastrophe mit tausenden Geflüchteten sowie Toten und Verletzten auf Seiten der  
5 Zivilgesellschaft und Kämpfer\*innen auf beiden Seiten. Dieser Entwicklung muss  
6 durch die Bundesregierung schnellstmöglich Einhalt geboten werden. Dies gebieten  
7 nicht nur das Völkerrecht, sondern auch die immer wieder groß angepriesenen  
8 Bemühungen gegen die Ursachen von Flucht. Hierzu sind nicht nur nationale  
9 wirtschaftliche Sanktionen, sondern Konsequenzen von EU, NATO und UNO  
10 notwendig. Die Kurd\*innen wurden, nachdem sie wichtige Partner\*innen im Kampf  
11 gegen den IS waren, abermals im Stich gelassen und verdienen nicht nur deshalb  
12 unseren Schutz.

13 Wir freuen uns, dass es schon seit Jahrzehnten eine gewachsene aktive kurdische  
14 Community in Marburg und der umliegenden Region gibt, die sich aktiv für ein gutes  
15 (Zusammen-)Leben vor Ort einsetzt. Daher begrüßen wir die Überlegung, einen  
16 kurdisch-deutschen Freundschaftsverein zu gründen und unterstützen bei Bedarf  
17 gerne bei der Gründung.

18 Die SPD Marburg kritisiert den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Türkei unter  
19 Präsident Erdogan in Nordsyrien auf das Schärfste und fordert rasche  
20 Konsequenzen der deutschen Regierung:

- 21 • Deutschland unterbricht sofort die Auslieferung von Waffen und anderer  
22 militärischer Infrastruktur in die Türkei.
- 23 • Wir fordern ein gemeinsames Waffen-Embargo gegen die Türkei durch  
24 ähnlich gesinnte EU-Staaten
- 25 • Die Bundesregierung setzt sich für eine Flugsicherheitszone über Nordsyrien  
26 ein.
- 27 • Die Bundesregierung setzt sich für das Einrichten einer UN-Sonderzone im  
28 betroffenen Gebiet ein.
- 29 • Unter UN-Schirmherrschaft werden Friedensverhandlungen zur Beendigung  
30 des Krieges angestrebt.